

Grenzen konzentriren, so wird die Mobilmachung unserer Armeen an den von St. Majestät genehmigten Sammelplätzen angeordnet. 6) Eine Erklärung, daß Preußen, obwohl von jeder Aggression durchaus fern, durch die jenseitigen drohenden Maßregeln zur Aufstellung seines Heeres genötigt sei, folgt nach Wien, und gleichzeitig eine entsprechende Delegation an die anderen europäischen Höfe. 7) Mit der Mobilmachung erfolgt ein königliches Manifest, um die gesamte Sachlage vor der Nation offen auszusprechen. 8) Die Einberufung der Kammern wird auf die früheste Frist anberaumt. (Köln. Z.)

Berlin, 6. April. [Herr Hansemann auf Wartegeld gesetzt.] Der heutige Staats-Anzeiger bringt die Bestätigung eines Gerichts, für dessen Eintreten vielerlei Symptome seit länger Zeit geltend gemacht wurden, welches demnachtrachtet aber selbst gestern, als die Morgenzeitungen bereits die betreffende Mitteilung machten, noch in Zweifel gezogen wurde.

Wir meinen die Enthebung des Herrn Hansemann von seinem Amte als Chef der preussischen Bank.

Die königl. Verordnung von Charlottenburg den 2. April d. J. motiviert diese Enthebung durch die Unzulänglichkeit, die Bestimmung des § 48 der Bank-Ordnung vom 5. October 1846 mit der Verfassungslücke vom 31. Januar 1850 in Einklang zu bringen, eine Nothwendigkeit, welche bekanntlich unläuglich von Hrn. v. Bismarck-Schönhausen, als Berichterstatter über den Antrag: das Bankstatut mit der Verfassung in Uebereinstimmung zu bringen, negiert wurde.

Dieser Widerspruch besteht darin, daß, während nach der Verfassungslücke vom 31. Januar 1850 alle Angelegenheiten des öffentlichen Dienstes St. Majestät verantwortlich in Ministerium untergeordnet sein müssen, der Chef der Bank nach § 48 der Bank-Ordnung die gesamte Bank-Verwaltung innerhalb der Bestimmungen dieser Ordnung mit uneingeschränkter Vollmacht und auf seine persönliche Verantwortlichkeit zu leiten hat.

Wir wollen hier nicht untersuchen, ob für diesen vermeintlichen Widerspruch, wie er bereits thatsächlich gelöst worden, auch eine leichte formelle Lösung zu finden gewesen wäre, ohne einen Mann aus dem Staatsdienste zu entfernen, welcher zwar jederzeit sich des intimsten Hasses der Partei der Kreuzzeitung zu bedienen hatte und unablässig mit zu schauerlichen Mordthaten gedreht wurde, nichtsdestoweniger aber sich ein bleibendes Denkmal bei der Wiederkehr preussischer Verhältnisse gesetzt hat und sich wohl berühmen dürfte, der Herstellung der Ordnung im November 1848 den Grund und Boden gegeben zu haben.

Wir meinen, daß, nachdem seit 1848 notorisch die Beziehung des Bankchefs zur Regierung verfassungsmäßig durch einen Minister — bis jetzt durch den Herrn Finanzminister — vermittelt wurden, der Widerspruch zwischen Verfassung und Statut formell dadurch behoben werden konnte, daß das Staats-Ministerium bekannt machte, zu wessen Minister-Resort die Bank-Verwaltung gehöre.

Es ist nunmehr eine andere Entscheidung beliebt worden, in deren Artikel wir uns nicht weiter einlassen; doch scheint es uns zweifelhaft, bei dieser Gelegenheit einen klüchtigen Rückblick auf die Geschichte des Bank-Instituts zu werfen.

In früheren Jahren war der Chef der Bank zugleich Präsident des Hauptbank-Direktoriums; als aber Hr. Roher im J. 1837 die erste Stelle übernahm, ward die letztere dem Hrn. v. Lamprich, einem nahen Verwandten des Grafen Lottum, übertragen. Hr. v. Lamprich mußte sich in sein Fach erst einarbeiten; denn er war bis dahin Rath im Kultus-Ministerium gewesen. Im J. 1846 wurde die Bank neu organisiert, sie nahm ihren jetzigen Namen „Preussische Bank“ an, und da für 10 Millionen Aktienare dazugeworfen, wozu dem Chef in dem Statut vom 5. October 1846 in Beziehung auf die Geschäftsleitung die ähnlichen Befugnisse, wie in andern Ländern einem Bankgouverneur beilegt; das Haupt-Bank-Direktorium aber blieb bestehen, „für jetzt aus einem Präsidenten und fünf Mitgliedern.“ Dies „für jetzt“ hatte wohl den Sinn, eintretenden Falls die Stelle des Bank-Chefs und Hauptbank-Direktors in einer Person zu vereinigen.

Indes das Jahr 1848 verlor diese wie manche andere Eventualität, und Hr. Hansemann ward Chef der Bank; das heißt, daß ein kaufmännisch gebildeter Finanzier diesen Finanzposten bekleidet.

Wir wollen hier nicht auf seine Verdienste auch auf diesem Posten eingehen, sondern bemerken sogleich, daß sich zwischen ihm und dem Hauptbank-Direktorium Differenzen erhoben, welche sogar zu Erregung des Beschwerdeweges führten. Einer der Beschwerdepunkte war, daß der Chef der Bank an das Haupt-Bank-Direktorium das Ansehen gestellt habe: über gewisse rechtliche Geschäfte bei dem Direktorium eingehende Berichte — dringende Fälle ausgenommen — vor der Bescheidung vorzulegen, damit er darüber seine etwaigen Bemerkungen dem Direktorium vorgängig machen könne! —

Die Beschwerde hatte an dem Bank-Statut selbst keinen Anknüpfungspunkt, berief sich aber auf den Widerspruch desselben mit der Verfassung und bewog dadurch die Mitglieder des Central-Ausschusses (welcher die Bank-Aktionäre vertritt), beim Staatsministerium jenen Widerspruch geltend zu machen und zu beantragen: die Bankverwaltung der oberen Leitung eines verantwortlichen Ministers zu unterordnen.

Die Beschwerde ward damals zurückgewiesen; über den Antrag die Entscheidung vorbehalten. Sie ist jetzt erfolgt; ob im Sinne der Antragsteller, möchten wir allerdings sehr bezweifeln.

Berlin, 6. April. [Die Rückkehr zum Bundestage.] Die Wps. Ztg. enthält folgenden, dem Anscheine nach, offiziellen Artikel: „Es wird immer wahrscheinlicher, daß der von Preußen beschlossene Rückkehr zum alten Bundestage große Schwierigkeiten entgegenzusetzen werden dürften; dies soll namentlich von Oesterreich und den mit demselben verbündeten Königreichen, vielleicht mit Ausnahme Hannovers, der Fall sein. Eine Antivote auf die letzte bismarck'sche Note an die österreichische Regierung ist zwar noch nicht her eingetroffen, doch melden Berichte aus Wien schon jetzt, daß Oesterreich und die genannten drei Königreiche in eine einfache Rückkehr zum alten Bundestage nicht willigen werden. Es ist dies auch um so wahrscheinlicher, als durch eine Realisirung des preussischen Verhältnisses der Grund, auf welchem die gegenwärtige österreichische Politik gebaut ist, vollständig unterhölet und die Pläne Bismarck's gleichmäßig zurückgeworfen wären. Den Eintritt des österreichischen Gesamtstaats in den deutschen Bund, so wie die beabsichtigte und in Wegzug versprochene Hebung der Stellung Baierns im Bunde, die beiden Hauptpunkte, soll die österreichische Politik jetzt zwar nicht minder intendiren, aber doch äußerst weniger bedürfen und sich hauptsächlich auf die bereits früher aufgeworfene Rechtsfrage beschränken, ob eine einfache Rückkehr zum alten Bundestage statthaft sei, oder nicht. Das es sich österreichischer Seite in diesem Punkte mehr um eine Sonderpolitik, als um eine wirklich begründete Rechtsfrage handelt, versteht sich von selbst, allein diese vermeintliche Rechtsfrage dient immerhin zu einem, vielleicht nicht fruchtlosen Agitationsmittel gegen Preußen. Man soll in Wien darauf hinarbeiten, daß Oesterreich mit Preußen in Warschau übereingekommen sei, die freien Konferenzen einzuüberufen, und daß Preußen darin nicht das Recht zuzugeben, einseitig das zu lösen, was gemeinschaftlich begonnen worden. Aus wäre man den eigentlichen Zweck der Konferenzen, eine Revision der Bundesgesetze, nicht außer Auge lassen. Darauf seien die Einladungsschreiben zu den Konferenzen, sowohl österreichischer, als auch preussischer Seite ausdrücklich gerichtet, bei der Eröffnung der Konferenzen sei dies sowohl von Oesterreich als auch von Preußen mündlich wiederholt worden, und darum habe Preußen mit Oesterreich die Verpflichtung übernommen, die Revision zu Stande zu bringen. In Anerkennung dieser Wahrheit habe die in Frankfurt tagende Versammlung von Bevollmächtigten deutscher Staaten ihre Thätigkeit für die Dauer der Konferenzen so gut wie eingestellt. Dieser Bundestag sei zwar für jetzt das einzige berechtigete Centralorgan für Deutschland, natürlich nach österreichischer Auffassungswiese — allein er sei, wie das sich auch aus der Natur der Sache ergebe, eben nur ein Interimstatut, das so lange, aber auch nicht länger, bestehen müsse, bis das proponierte Neue geschaffen wäre. Der gegenwärtige Bundestag biete darum um so weniger ein Recht, auf die alten Formen des Bundes, wie dieselben vor 1848 bestanden, zurückzugreifen, als Preußen und Oesterreich und durch sie sämtliche deutsche Staaten die ausbrüchliche Verpflichtung übernommen hätten, eine Revision der Bundesgesetze zu Stande zu bringen. In die preussischen Rechtsdebatten gegen die Berechtigung einer Fortdauer des alten Bundestags soll man in Wien ebenfalls erinnern. In den bairischen Protest gegen die Kompetenz der Konferenzen, zum alten Bundestage zurückkehren zu dürfen, müssen wir heute wieder erinnern. Dieser Protest ist bekanntlich bei Gelegenheit der letzten Plenarversammlung der Konferenz, als die beiden Ministerpräsidenten von Oesterreich und von Preußen in Dresden anwesend waren, erhoben worden, und zwar, wie wir heute von unterrichteter Seite hören, in Folge einer schon damals von Preußen gegebenen Andeutung, sich auf den alten Bundestag wieder zurückgehen zu wollen. Ohne Zutun des Fürsten Schwarzenberg war dieser Protest nicht, und wenn man nur schon damals alle Mittel aufbot, die einfache Rückkehr zum Bundestage zu verhindern, so ist es mehr als wahrscheinlich, daß neben der österreichischen Agitation auch dieser Protest wieder erneuert werden wird. Es ist in dieser Beziehung noch hervorzuheben, daß man sich sowohl in Wien, als auch in München dahin ausgesprochen hat, daß eine Rückkehr zu den alten Formen des Bundes, auch wenn die Konferenzen inzwischen ihren Fortgang nehmen und die betreffenden Unterhandlungen sowohl in Dresden als auch in Frankfurt weiter geführt werden sollten, schon um deswillen nicht zugelassen werden dürfte, weil man sonst das Prinzip verliere, was man eben bestreite, nämlich zu dem alten Bundestage einfach zurückkehren zu dürfen, anerkennen. Wir haben es natürlich abzuwarten, in wie fern die Agitation der österreichischen Partei gegen das berechtigte Vorhaben Preußens von Erfolg sein werde.“

[Aus den Kammern.] Die Kommission der zweiten Kammer, welche den Gesetzentwurf in Betreff der Unterhaltung d. der Zypuswaissen zu begutachten hat, hielt gestern ihre zweite Sitzung. Wie wir bereits berichteten, hat dieselbe ihrer Berathung drei Fragen vorangestellt. In der gestrigen Sitzung wurde nun die Nothwendigkeit der Unterstutzung und die moralische Verpflichtung des Staates zu derselben von der Kommission anerkannt. Die morgen stattfindende Sitzung ist der Frage gewidmet: sind die von der Regierung vorgeschlagenen Mittel ausreichend, um die gegenwärtige Kalamität zu beseitigen und einer künftigen ähnlichen möglichst vorzubeugen?

Gestern früh hatten die als Kammermitglieder hier anwesenden Landräthe eine Berathung, in welcher die Veränderungen der Gemeindeordnung, welche man für nothwendig hielt, näher erörtert werden sollten. Die der Opposition angehörigen Landräthe waren zum Theil durch Kommissions-Sitzungen behindert, auf dieser Berathung Theil zu nehmen, die sich übrigens nur auf eine vorläufige Besprechung beschränkte. Man darf übrigens annehmen, daß die Majorität dieser Beamten und Abgeordneten durchsicht sich gegen jede Änderung des Gemeindegesetzes erklären wird, da die dem Rheinlande und Westfalen angehörigen Landräthe, gleichviel, welcher Partei sie angehören, entschieden für Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Gemeindeordnung sich aussprechen.

Die Regierung hat jetzt zwei im Ministerium für landwirthschaftliche Angelegenheiten bearbeitete Gesetzesentwürfe, eine Gemeinheitstheilungs-Ordnung für die Rheinprovinz, mit Ausnahme der Kreise Duisburg und Rees, sowie für Neu-Vorpommern und Rügen, und ein Gesetz über das Verfahren in den nach der Gemeinheitstheilungs-Ordnung zu behandelnden Theilungen und Abteilungen in den Landestheilen des linken Rheinufer, den Kammern übergeben. Der erstere Gesetzesentwurf war den Kammern bereits am 10. December 1849 zugegangen und bereits Bericht darüber erstattet worden; die Plenarberatung fiel jedoch wegen des Schließes der Session aus. Inzwischen ist der Entwurf bei der weiteren Bearbeitung in einigen materiellen Punkten abgeändert worden, welche Veränderungen zum Theil durch die schließliche Fassung des Gesetzes vom 2. März 1850, theils durch die Anfrage der Agrar-Kommission der zweiten Kammer, theils durch Bedenken zu Rathe gezogener rheinischer Juristen bedingt wurden. Um die auf dem linken Rheinufer geltenden gesetzlichen Vorschriften über Theilungen mit den eigenthümlichen Bedürfnissen der Gemeinheitstheilungen in Einklang zu bringen, wurde ein spezielles Gesetz über das Verfahren bei Theilungen dieser Art für das linke Rheinufer entworfen. Nach demselben sollen die ordentlichen Gerichte die Gemeinheitstheilungen leiten, dem richterlichen Verfahren aber ein Vergleichsverfahren vor einem Regierungskommissar vorausgehen. Die Gemeinheitstheilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821 konnte sowohl wegen ihrer rechtlichen Basis — das Landrecht, — als wegen der in ihr liegenden besonderen Berücksichtigung der landwirthschaftlichen Verhältnisse der städtischen Provinzen am Rhein und in Neu-Vorpommern bisher nicht eingeführt werden. Die im Entwurf vorgelegte Gemeinheitstheilungs-Ordnung schließt sich derselben in den wesentlichen Punkten möglichst genau an. — Bei dem zweiten Gesetzentwurf hat die Regierung ein besonderes Verfahren in Vorschlag, nach welchem der Urtheilspruch der ordentlichen Gerichte über die Gütervertheilung vor dem Friedensrichter aber ein Vorverfahren vor einem Verwaltungs-Kommissar tritt. Dies Verfahren hat um so weniger Bedenken, als das Gesetz überhaupt von transitorischer Bedeutung ist, indem die Rechtsverhältnisse, welche es lösen soll, sich künftig nicht mehr bilden. (C. B.)

Berlin, 6. April. [Tagesbericht.] Man berichtet von einer Circular-Depesche an sämtliche deutsche Regierungen, welche im Ministerium des Auswärtigen zu Wien, in Betreff des von Preußen ausgesprochenen Willens, den Bundestag wieder zu beschicken, vorbereitet wird. Es soll dieselbe namentlich für diejenigen Regierungen bestimmt sein, welche bisher mit Preußen verbündet gewesen und an welche die Aufforderung Preußens, den Bundestag ebenfalls wieder zu beschicken, gerichtet worden: Vorgelesen Abend um 6 Uhr begab sich der Ministerpräsident, Herr v. Mantuffel nach Charlottenburg zum Könige, um Höchstseiner Majestät Vortrag zu halten. Dem Vernehmen nach soll der Abg. v. Arnim entschlossen sein, selbst, wie Herr Harfoot, darauf anzudeuten, daß die Kammer dem Verlangen des Staatsanwalts, ihn gerichtlich zu verfolgen, Raum gebe, indem er sich vor den Schranken des Gerichts selbst und möglichst bald gegen ihn erhobene Anklage rechtfertigen will. Bei Revision einer öffentlichen Kasse ist neulich der Fall vorgekommen, daß ein mit einem öffentlichen Siegel verschlossenes Geldfaß, welches einen Theil der baaren Bestände enthalten sollte, statt mit Geld mit Steinen angefüllt gewesen ist. Der Finanzminister hat hieraus Veranlassung genommen, die Kassen-Revisoren durch eine Circular-Verfügung am 18. v. M. anzuweisen, bei Revision der Kassen auch ein-

zelne in Kästern verpackte Geldbestände einer näheren Prüfung zu unterwerfen, außerdem aber darauf zu sehen, daß dergleichen Fälscher nicht länger, als durchaus erforderlich ist, in den Kassenlokalen aufbewahrt, vielmehr alle entbehrlichen Geldbestände unverzüglich an die General-Kassakasse abgegeben werden. Die Regierungen sind zugleich beauftragt, in nähere Erwägung zu nehmen, ob es nicht zur Verhütung von Kassenfälschungen in einzelnen Fällen, wo eine besonders dringende Veranlassung zur Anwendung größerer Sicherheitsmaßregeln vorhanden ist, angemessen sei, feste Geldspinden nach der bekannten neuen Einrichtung, welche sich als praktisch bewährt hat, anzuschaffen. (W. Z.)

Der vortragende Rath im Ministerium für die geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, Geh. Rath Schmidt, hat so eben eine Schrift: „Ueber Anstellungen und Beförderungen im Medizinal-Departement“ erscheinen lassen; dieselbe enthält bürocratische Konfessionen der interessanten Art. Man darf von dem Verfasser, der selbst die Bearbeitung der Personalien im Medizinaldepartement hat, sogenannte „Enthüllungen“ um so weniger erwarten, als er die Versicherung giebt, es wolle keinerlei Nihilismus bei den Anstellungen obwalten, überall die sorgfältigste unparteiische Erwägung des sachlichen Bedürfnisses und der persönlichen Ansprüche. Die Schrift bietet jedoch nach anderer Seiten des Interessanten so viel, daß sie als eine der lesenswerthsten Memoires bezeichnet werden darf. Sie ist hier im Hirschwald'schen Verlage erschienen. Durch die ausdauernden Präsidialgeschäfte ist der Gesundheitszustand des Grafen Schwerin in einem von seinen Freunden sehr bedauerter Maße angegriffen. Eine Unterstutzung in dem schwierigen und anstrengenden Geschäft der Leitung der Plenar-Verhandlungen wird dem Präsidenten sehr zuwider den zweiten Vice-Präsidenten, den hochgeachteten Kanonikus Lensing, zu Theil. Der Justiz-Rath Geppert, der als erster Vicepräsident diese Unterstutzung in ausdehrenderem Maße zu gewähren im Stande sein würde, ist bekanntlich seit längerer Zeit erkrankt und nimmt auch jetzt noch nicht an den Sitzungen Theil. Seine Präsidialfunktionen ließen sich indes nicht durch andere bereitete Kräfte ersetzen, da Herr Geppert das Präsidium während seiner Krankheit nicht niedergelegt hat. (C. B.)

Stettin, 4. April. [Beleidigung der preussischen Flagge.] Unsere Leser werden sich erinnern, daß vor einiger Zeit zwei preussische Schiffe abgefangen wurden, in den Kieler Hafen einzulaufen. Dieser Vorfall, welcher bei dem zwischen Preußen und Dänemark herrschenden Frieden das gerechteste Versehen erregte und die Ehre der preussischen Flagge ebenso empfindlich wie das Interesse des Handels verletzete, wurde damals mehrfach in den Zeitungen besprochen. Wie sind in den Stand gesetzt, in Betreff desselben folgende nähere Umstände mitzutheilen. Die beiden preussischen Schiffe Aeolus, Kap. Guggmann, und Emanuel, Kap. Steinorth, waren im Januar d. von Pillau mit Getreide nach Kiel abgegangen. Am 10. Januar kamen sie vor Kiel an, wurden aber am 11. Januar, obwohl der Sturm stark war und die See sehr hoch ging, durch das vor dem Hafen stationirte dänische Kriegsdampfschiff Geiser unter Androhung von Kanonengewalt angewiesen, ihren Kurs zu ändern und Kiel zu meiden. Wie der Kapitän der Aeolus unter dem 16. Januar an den Korrespondenten des Schiffes schreibt, fragte ihn der Kommandeur des Geiser, als er gegen den ihnen gewordenen Befehl, Kiel zu meiden, Einspruch that: „Wollen Sie Dredde pariren, oder soll ich Sie zum Fortgehen zwingen?“ Der Kommandeur des Geiser ließ darauf zur künftigen Unterstutzung der Dredde neue Kanonen in Bereitschaft setzen und auf den Aeolus richten. Jetzt blieb freilich nichts weiter übrig, als Dredde zu pariren, jedoch ließ der Kapitän Guggmann sich vom Kommandeur des Geiser noch eine Ausweisung geben, welche wir, da sie sehr charakteristisch, wörtlich anführen. Sie lautet: „Keine Schiffe müssen passiren nach Kiel und die Schleswig-Holsteinische Kanal so lange das der Krieg dauert und die Dänische Armee und die Schleswig-Holsteinische Streitkräfte übereinander. Für diese Ursache können die Aeolus nicht in Kiel einkommen und ist abgewiesen bei der dänische Kriegsdampfschiff Geiser, stationiert bei Kiel. Kiel, den 11. Januar. Holtoff, Marine-Lieutenant.“ Die preussischen Schiffe segelten nach Flensburg, dem nächsten Hafen und erst am 31. Januar gelang es ihnen, umgehend ihren Bestimmungsort Kiel zu erreichen. Durch den Vorgang sind der Rheider beiden Schiffe circa 350 Thaler Unkosten erwachsen, zu deren Entstattung der Kommandeur des Geiser, eventuell der dänische Staat verpflichtet ist, denn da weder eine Blockade des Kieler Hafens stattfand, noch überhaupt zwischen Preußen und Dänemark Feindseligkeiten bestanden, so war die Zurückweisung der preussischen Schiffe im günstigsten Falle eine persönliche Taktlosigkeit des Kommandeurs des Geiser, für welche er zu haften hat, oder im schlimmeren Falle lag der Handlungsweise desselben eine Dredde der dänischen Regierung zu Grunde, für welche diese aufzukommen hat. Der weitere Betrieb der Angelegenheit schwebt noch und ist sowohl dem preussischen Kommissar in den Herzogthümern, General v. Ebümen, als auch dem preussischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zur kräftigen Verfolgung anheimgegeben. (Nord. Z.)

Alte Klage, junge Frage. Unter dieser Ueberschrift las ich die große Andt über den Eintritt Oesterreichs in den deutschen Bund wie folgt in der „D. Reichsztg.“ vernehmen: „Es ist eine alte Klage — in den Jahren 1814 und 1815 war es eine junge Klage, welche vor allem Munde auszurufen ist für meinen Theil damals wenigstens nicht verstanden habe —, daß in jenem Jahre unserer Siege, wo die Wälschen zerschmettert darniederlagen und der Wunsch des Volkes sich aussprach, die deutschen durch Frankreich von uns abgerissenen Lande zurückzunehmen, die deutschen Fürsten zu müßig drein geschaut und stumm dageharrten hätten, statt für Deutschland eine Gesamtstimme zu erheben, oder — was tausendmal wirksamer gewesen wäre — in größter Zahl mit den Kassen und Kömgen mit nach Paris zu reisen und dort mit ihren Persönlichkeiten den Ränken und Zetteln der Fremden gegenüber ein Gegengewicht in die politische Schale zu werfen. Jetzt, wie eben der Augenblick läuft, wo Oesterreich uns keine große Gesamtstimme barbaren in den deutschen Leib mit hineinbringen will, und wie es scheint, dinstes, reinstes deutsches Volk (Sachsen, Angeln, Friesen) für lange, wo nicht für immer, Fremden zum Raube hinüber geben will, fragt man billig, man frage sich jetzt zwei, drei Jahren oft und laut: Warum denn soll kein einziger deutscher Fürst im weiten großen Bataillon gegen jene überwachsende barbarische Entmischung und Verunreinigung unseres edelsten Blutes seine persönliche Stimme, und zwar tapfer und laut, erheben. Denn daß einzelne deutsche Fürsten wohl und deutsch gesinnt sind, darf und will ich nicht bezweifeln, noch auch, daß einzelne gegen den Eintritt Gesamtstimmereis leise, fischlärmer Stimmen erheben; aber solche leise Stimmen, solche diplomatische Flüsterungen, wie ihre Böten sie in Wien, Frankfurt oder Dresden vielleicht zuweilen säusen lassen, können nicht einmal im Winde verhaften, weil ihnen dazu der frische muthige Athem fehlt. Wahrscheinlich bei wie vielen schimmigen Gelegenheiten dieser Jahre und Tage hat Deutschland sich nach irgend einer persönlichen Stimme — einer Stimme aus eigener Brust — irgend eines wackern würdigen Fürsten gesehnt, und seht sich noch heute darnach! Und wenn er einer der Allerkleinsten, wenn er nur ein Wüdtiger wäre, das würde denn doch ein Ton gar anderer Bedeutung klingen, als wenn irgend ein alter greiser Professor, wie ich, oder ein ehrlicher meines Gleichen Bürgermann seine schwache Meinung ausdrückt. — Und hier, bei dieser ungeheuren Forderung und Gefahr, bei diesen vielen rohen und barbarischen Säfen und Tritten, die mit unserm

besten Lebensblute gemischt werden sollen, sollte nicht auch die Fürsten bei dem Gedanken an ihr Volk und an ihre eigenen künftigen Geschlechter ein geistiger Schauer überlaufen?

Ueber diese Forderung, welche das herrschaftliche und jetzt unendlich herrschaftliche Oesterreich an Deutschland wie mit der unschuldigen und natürlichen Miene macht, habe ich mich in der weiland „Deutschen Zeitung“ oft genug und breit genug ausgesprochen. Ich lege hier in meinem und vieler andern deutschen Wiederleuten Namen noch einmal ganz kurz mein Gegenzeugniß und die Hauptgründe meiner Abwendung und Verneinung ab:

a. Man gaukelt uns die Verbindung mit dem ganzen dicken österreichischen Leibe als eine Mehrung unserer Stärke vor. Ich sage, es wird nichts als eine eitel Schwächung sein, indem es uns mehr und mehr in dieser, fauler, barbarischer Erstarrung hinsten und alle unsere geistigen Flügel matt und lahm machen wird.

b. Es wird den Mittelpunkt unseres Lebens immer mehr aus Deutschland heraus treiben gegen den barbarischen für uns gesperrten Osten hin, fern von unserer rollenden Lebenskraft, von der Weltbewegung der Bildung und Freiheit, von unsern gottgebornen Meeren, von unserm Nordwesten hinweg. Stimmen ja, wie die Tagesglocke es ausläutet, Oesterreich und Baiern in Dresden schon gegen jede Schöpfung einer deutschen Reichs-Seemacht. Das sind doch wohl eckste österreichische Zeichen?

c. Es wird, indem es Stareit, Dummheit und Knechtschaft bei uns fördern hilft, uns in die schneidliche, für ein gerechtes, freigesinntes Volk wenigstens schneidliche aller Lagen bringen, nach Ehre und Freiheit strebende und ringende Völker für Rußland und Oesterreich gelegentlich (vielleicht recht bald) knechten und unterjochen helfen zu müssen.

d. Wenn der Deutsche auch Alles in sich hineinfressen und verdauen kann, dem ist er doch durch seine ganze Natürlichkeit nur zu sehr ausgelegt, Fremdes in sich aufzunehmen und Fremdem nachzuahmen. Wenn nun Kroaten, Ruthenen, Polacken, Szekler, Rumänen, Magyaren u. s. w. u. s. f. deutsche Reichs-Genossen werden in dem neuen von Oesterreich gemeinten und von ihm flug berathenen aber wenig verathenen Sinn, wenn sie mit und unter uns thaten und rathen und als Völk- und Reichsgenossen leben und weben sollen, wer will die geistigen und sittlichen Einflüsse, Schäden und Verluste zählen und beweisen, die der beste noch übrige Theil unserer Deutschheit fühlen und erleiden wird?

e. Einsichten und Ansichten, welche die Mühen und Ersparungen eines langen Lebens gewonnen und bestätigt haben, lassen den Sterblichen selbst mit schwerem Leide nicht zur Gewohnheit werden. Darum lege ich im geistigen und sittlichen Born hier mein Zeugniß nieder, und bitte noch einmal alles Volk und alle Fürsten, wohl zuzusehen, was sie geschehen lassen wollen und geschehen lassen dürfen. E. Andt.

Deutschland.

Kassel, 3. April. [Verschiedenes.] Am 9. April 1848 wurde das Regiment Garde du Corps, weil es meuchlings auf unbewaffnete Bürger eingedrungen hatte, aufgelöst, am 9. April des laufenden Jahres wird dem „braven Corps“ Genugthuung werden für diese „Schmach“, am 9. April wird es feierlich wiederhergestellt werden. Inzwischen haben die längst angekündigten kriegsgerichtlichen Untersuchungen gegen die verabschiedeten heffischen Offiziere ihren Anfang genommen; unter den bis jetzt vorgeladenen befinden sich die beiden neuerdings im hambur-

gischen Kontingent angestellten Offiziere Beck und Kieß. (Conf. Z.)

[Die Lage des Landes.] Eine Reise durch das Kurfürstenthum Hessen zeigt ein recht düsteres Bild der dort überall jetzt herrschenden traurigen Zustände. Es ist in den meisten Gegenden des Landes und besonders auch im Fuldaischen jetzt eine Aemuth vorhanden, von der man sich kaum einen Begriff machen kann. Den letzten Bissen an Lebensmitteln haben die zahlreichen Exekutionstruppen verzehrt, und bleich und vor Hunger hohlköpfig, irt ein großer Theil der ärmeren Bevölkerung umher, auch die ungesunden Nahrungsmittel mit Bier verzeihend. Selbst die Aecker können theilweise gar nicht mehr bestellt werden, da die ärmeren Bauern ihre Saat Kartoffeln und Saatgetreide hergeben mußten, um nur ihre militärischen Gäste zu sättigen. Dabei sehen alle Gebäude in den Dörfern und Städten auf das Verfallene aus, da fast Niemand Geld genug besitzt, auch nur die kleinste Reparatur an seinem Eigenthum vornehmen zu lassen; geschweige denn gar Neubauten zu veranlassen. Schaaren von Bettlern, Mann und Weib, Greise und Kinder, deren Aeußeres es schon anzeigt, daß sie nur von äußerster Noth gezwungen, betteln, verfolgen förmlich jeden nur halbwegs wohlgeleiteten Reisenden. Selbst in den ärmsten Theilen Irlands haben wie nie so viel sichtbare Armuth und eine so ausgebildete Bettelerei gefunden, wie jetzt in vielen kurfürstlichen Gegenden. Wessen Verhältnisse es nur irgend gestatten, der rüht sich zur Auswanderung und überall begegnet man Land-leuten, die von größeren Familienkreisen nach Amerika vorausgeschickt sind, um dort vorher die ersten Vorbereitungen für die später nachfolgenden zu treffen. Grund und Boden ist jetzt nur so äußerst schwer in Kurhessen zu nur irgend wie annehmbaren Preisen zu verkaufen, wäre dies nicht der Fall, wäre die Hälfte der ganzen Bevölkerung würde noch in diesem Jahre fortziehen. Die Abgaben sind zu groß, wir werden zu hart gedrückt, als daß wir selbst beim besten Willen es aushalten könnten“, sagten uns wiederholt solche Auswanderer, lauter ordentliche, meist schon ältere Bauern, mit ruhigen verständigen Gesichtern, denen man es ansah, daß sie von Jugend auf an harte Arbeit gewöhnt waren. In Kassel selbst herrscht außer dem Leiden, das die viele fremde Einquartierung hervorbringt, eine Tobenstille, und Handel und Wandel ruhen fast gänzlich. Dabei aber eine tiefgedrückte Stimmung und ein schüres Zurückziehen vor jedem Menschen, den man nicht ganz genau kennt. Politische Prozesse und Angelegenheiten aller Art gehören zur Tagesordnung und jede anonyme Anzeige irgend eines Schutzes kann den geachteten Mann vor das Gericht bringen, um sich dagegen zu verantworten. Es sind in der Art schon ganz seltsame Geschichten hervorgekommen, und das Kriegsgericht hat im ersten blinden Eifer Urtheile gegen Unschuldige gefällt und vollstreckt, die es später selbst widerrufen mußte. Unter den verschiedenen Truppen selbst herrscht die bitterste Feindschaft, die schon wiederholt des Abends in so blutige Schlägereien ausgebrochen ist, daß selbst die Patrouillen mit dem Bajonette aufeinander losgehen wollten. Die preussischen und kurfürstlichen Truppen selbst dem Volke stehen auf der einen, die Baiern, Oesterreicher und Alles, was vom Kurfürsten abhängt, auf der anderen Seite. Der Kurfürst selbst soll in der besten Laune und besonders auch über die bevorstehende Verlobung einer seiner Töchter aus morganatischer Ehe mit dem österreichischen Kommissar Grafen Lehningen sehr erfreut sein. Glänzende Feste aller Art, bei denen der Luxus auf das Höchste getrieben werden soll, finden jetzt beim Kurfürsten und dem Grafen Lehningen statt. (Westf. Ztg.)

Karlruhe, 4. April. [Kriegszug nach.] In dem gestern erschienenen Regierungsblatt wird bekannt gemacht, daß auf allerhöchsten Befehl der Kriegszug nach Nordgasse des Geges vom 29. Januar d. J. einstweilen noch fortzusetzen habe.

Leipzig, 6. April. [Durchmarsch.] In den letzten Tagen passierte noch eine österreichische Truppenabtheilung — 2 Bataillone und 103 Mann vom 60. Infanterie-Regiment Prinz Gustav Wafa — unsere Stadt. Sie gehörte zu den Truppen,

